

U-1

Beschluss

Annahme in der Fassung der AK

Klimaschutz: Wann, wenn nicht jetzt? Die Zeit des Redens ist vorbei!

Wir fordern die SPD auf, in allen ihren Präsidien, Vorständen und Gremien des Landes und Bundes eine anspruchsvolle und konsequente Klimaschutzpolitik umzusetzen.

Dazu gehört

- der **Ausstieg aus der Kohle bis 2030**. Er muss sozialverträglich bewältigt werden, Konzerninteressen dürfen nicht überwiegen und am Ende der Ausstieg wieder vertagt werden. Wir fordern unsere Partei auf, das in Kürze zu erwartende Ergebnis der Kohlekommission sehr genau zu prüfen und zu verhindern, dass Arbeit und Umwelt gegeneinander ausgespielt werden;
- die zügige Entwicklung eines **Klimaschutzgesetzes**, dass der aktuellen Entwicklung des Klimawandels effektiv Rechnung trägt. Es muss transparent und rechtsverbindlich für alle Sektoren einen Emissionsminderungspfad festlegen. Es ist dann Aufgabe der jeweiligen betroffenen Ressorts Maßnahmenpakete zu entwickeln, umzusetzen und zu finanzieren.
- eine konsequente Überwachung möglicher Zielverfehlungen (**Monitoring**) mit der Pflicht zur Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen als Steuerung.
- der zielstrebige und effiziente Ausbau der Stromerzeugung aus **erneuerbaren Energien**, das neue Ziel der Erhöhung ihres Anteils im Stromsektor auf 65 % in 2030 darf nicht verfehlt werden;
- die grundlegende Modernisierung und im Ergebnis bessere Auslastung der **Übertragungsnetze und ihre enge Verzahnung mit den Verteilnetzen**. Statt Windenergieanlagen abzuregeln müssen die bestehenden Netze und überschüssige Strommengen künftig besser genutzt werden als in der Vergangenheit. Die dazu notwendigen Technologien stehen teilweise bereits zur Anwendung bereit oder sie können kurz- und mittelfristig zur Anwendungsreife gebracht werden;
- viel mehr **Energieeffizienz**, z.B. im Wohn- und Gewerbebereich;
- der Ausbau der **Wärmeerzeugung** auf der Basis erneuerbarer Energien und hocheffizienter Technik;
- die **Sektorkopplung** intelligent voranzutreiben, um die Flexibilität in der Nutzung erneuerbaren Energien zu vergrößern bzw. Schwankungen im Strom auszugleichen und somit einen riesigen funktionalen Stromspeicher zu erzeugen;
- eine **Verkehrswende**, die ihren Namen verdient. Verkehrsvermeidung und –verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsträger müssen endlich durch wirksame gesetzliche Regeln umgesetzt werden. Als Beispiel sei genannt: Wer weiterhin spritfressende Fahrzeuge nutzen will, muss dafür erheblich höhere Kosten in Kauf nehmen. Alternative Mobilitätskonzepte und Antriebe müssen schneller und konsequent vorangetrieben werden. Das Dienstwagenprivileg muss auf den Prüfstand;
- eine **Agrarwende** mit einer Ausweitung des ökologischen Landbaus, die einerseits das Klima schützt, andererseits aber den Landwirten ein auskömmliches Einkommen ermöglicht;
- die Vermeidung von **Abfall** durch Ressourcenschonung und das Setzen auf die Produktverantwortung der Hersteller;

- **Bildung und Information** für die Menschen, damit sie eine Chance bekommen, sich klimafreundlich zu verhalten und zu konsumieren. Produkte und Dienstleistungen müssen gesetzlich gesteuert, ihren wahren Preis bekommen, klimaschädliche Subventionen müssen abgebaut werden.

Überweisen an

Bundesparteitag